

## Freier Blick auf den Hofer Himmel

### Entscheide: Nach «Nein» der Bürger denken Kommunen über Alternativen nach



Wahlhelfer im Dauereinsatz: Erst mussten sie am Sonntag die Stimmzettel zur Bundestagswahl auszählen, dann ging es vielerorts um die Voten in den örtlichen Bürgerentscheiden. Erst spät in der Nacht oder gar erst am Montag standen alle Ergebnisse fest. Und die sorgten für überraschende Entwicklungen.

NÜRNBERG (Eig. Ber./egr/dpa) - Obwohl die Wähler in drei Orten bei Bürgerentscheiden deutlich mit «Nein» stimmten, wird in Hof, Zirndorf und Obernburg nach Lösungen gesucht, wie sich die umstrittenen Projekte anderweitig realisieren

lassen.

In der oberfränkischen Stadt Hof hatten die Wähler den «Hofer Himmel», eine neun Millionen Euro teure Überdachung der Fußgängerzone, mit über 70 Prozent abgelehnt. Unter drei Glasdächern hätten ein Busbahnhof, Schließfächer und ein Café entstehen sollen. Gestern war in der Stadt an der Saale offen, wie der Stadtrat das Thema nun angehen will.

Der «Himmel» über der Promenade sei zwar vom Tisch, dennoch wolle man neun Millionen Euro aufwenden, um die Fußgängerzone neu zu gestalten, sagte ein Stadtsprecher.

In Zirndorf sprachen sich knapp 69 Prozent der Wähler gegen eine U-Bahn-Verlängerung von Nürnberg in den Fürther Landkreis aus, weil dazu ein städtisches Naherholungsgebiet mit 900 Wohneinheiten hätte bebaut werden müssen, um genügend Pendler zu bekommen (wir berichteten). Doch damit ist der Betrieb eines neuen öffentlichen Nahverkehrsmittel in der größten Stadt des Landkreises keineswegs zu den Akten gelegt.

«Wir brauchen die enge Anbindung an den Großraum», sagte Bürgermeister Thomas Zwingel (SPD). Beim Bürgerbegehren habe er selbst gegen die U 3-Verlängerung gestimmt, weil er gegen die geplante Trasse sei, die zu wenige Bürger «mitnimmt». Grundsätzlich sei er aber für eine U-Bahn-Linie bis Zirndorf, da sie langfristig das zukunftsweisende Verkehrsmittel sei. Für ihn stelle sich nun die dringliche Aufgabe, nach sinnvollen Alternativ-Strecken zu suchen.

### Grüne gegen Kostenmonster

Die Nürnberger Grünen indes begrüßten die «zukunftsweisende» Entscheidung der Zirndorfer, die am Sonntag das «U-Bahn-Kostenmonster» ausgebremst haben. Nun müsse ein sofortiger Baustopp für die U 3 in Richtung Tiefes Feld/Nürnberg-Gebersdorf erlassen werden, forderte Christine Seer, Vize-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat. Stattdessen solle über «sinnvolle Alternativen wie etwa eine Stadtbahn diskutiert werden.

Die Bürger von Obernburg (Kreis Miltenberg) haben mit knapp 65 Prozent der abgegebenen Stimmen den Bau eines überregionalen Römermuseums in ihren Gemeindegrenzen abgelehnt. Das zehn Millionen Euro teure Haus, das weltweit einzigartige Funde eines alten Verwaltungszentrums der Römer hätte beherbergen sollen, soll aber in jedem Fall am Untermain entstehen. Den Entscheid hatte ein Förderkreis «Römermuseum» erzwungen.

«Wir propagieren weiterhin einen Standort am Mainlimes», sagte der Leiter der Abteilung Römerzeit bei der Archäologischen Staatssammlung München, Bernd Steidl. Bisher hätten aber noch keine anderen Kommunen Interesse an dem Zentralmuseum Main-Limes gezeigt. Unklar ist nun, was mit den angekündigten Fördermitteln des Bundes, insgesamt 1,2 Millionen Euro, geschehen wird.

Indes zeigten die Bürger andernorts ein großes Herz für Umweltschutz und «grüne Projekte».

In Ettenstatt (Kreis Weißenburg-Gunzenhausen) kann ein großer Solarpark auf Gemeindegebiet gebaut werden. Drei Betreiberfamilien aus dem Ort können nun auf einer 20

Hektar großen Fläche Sonnenkollektoren errichten. Jährlich soll damit Strom für rund 2200 Haushalte erzeugt werden. In Neustadt bei Coburg gab es grünes Licht gleich für zwei Solarparks. Eine Bürgerinitiative wollte verhindern, dass rund 143 000 Quadratmeter landwirtschaftliche Flächen mit Solaranlagen zugebaut werden. Knapp 74 Prozent der Wähler folgten aber dem Ratsbegehren der Stadt, die sich für die Parks ausgesprochen hatte.

Überraschung in Leutkirch im Allgäu: Gut 95 Prozent der Wähler sprachen sich für einen Ferienpark aus, den der französisch-niederländische Touristikonzern Center Parcs für 300 Millionen verwirklichen will. Wie berichtet, war Center Parcs mit seinem Feriendorf am Dennenloher See im Kreis Ansbach gescheitert, vor allem am Widerstand von Naturschützern und hohen Umweltauflagen, aber auch wegen fehlender staatlicher Bürgschaften.

[29.9.2009](#)

© NÜRNBERGER NACHRICHTEN

